



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

C-r: Vom preußischen Landtag.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Vom preussischen Landtag.

Berlin, 1. Februar 1874.

Am 27. Januar kamen im Abgeordnetenhaus bei der Berathung des Staatshaushaltes die Ausgaben für das Ministerium des Innern zur Sprache, darunter auch die Ausgaben für die Polizei. Da mußten wir natürlich wieder die Jagdgeschichten von der idealen Vollkommenheit der Londoner Policemen hören. Doch ist immerhin zu constatiren, daß die Phantasie damit schon weniger durchgängig geworden als in den früheren Zeiten. Wir erinnern uns einer Erzählung, derzufolge der Londoner Policeman die wildesten Massen mit einem Stäbchen wie am Zauberbande lenkt, wobei aber jeder Gentleman aus der Masse das Recht hat, dem Policeman die Ellbogen in die Seiten zu rennen, Seiten, die eine ganz besondere naturhistorische Merkwürdigkeit sein müssen. Wir hoffen es doch noch zu erleben, daß diese Seeschlange verschwindet; sie war schon diesmal kürzer. In Folge dieses Ergebnisses werden wir auch wohl dahin gelangen, die einheimischen Einrichtungen ruhig zu prüfen und einzusehen, daß wir erstens für die Polizeieinrichtungen verhältnißmäßig sehr wenig Geld aufwenden, zweitens, daß namentlich die Verhältnisse Berlins große und eigenthümliche Schwierigkeiten bieten, drittens, daß wir von der Polizei viel mehr verlangen, als anderwärts verlangt und geleistet wird. Gebessert soll und muß in diesen Dingen werden, aber man kann nur bessern, wenn man die Verhältnisse richtig versteht und weiß, was man will. Wenn wir z. B. wie verlangt worden, in Berlin die Concurrenz aller möglichen öffentlichen Fuhrwerke einführen, so ist keine Controlle über das Einhalten der Taxe mehr möglich, und der Fahrende der Gnade und Barmherzigkeit des Führers von dem Fuhrwerk preisgeben, an das er zufällig gerathen. Wir fahren in Berlin nicht brillant, aber staunenswerth billig und im Ganzen sehr präcis, ohne Weitläufigkeiten und Verdrießlichkeiten. Die Erfahrungen, die man in dieser Beziehung in jeder andern großen Stadt macht, sind weit beschwerlicher.

Am 28. Januar führten die Gelder zu geheimen Ausgaben der Polizei im Betrage von 40,000 Thlr. zu den unvermeidlichen Ergießungen. Die Summe selbst ist lächerlich gering, und die Behauptung, daß man alle solche Ausgaben der Deffentlichkeit übergeben könne, ist im höchsten Grade abgeschmackt und man muß ihr ohne Weiteres den Ernst absprechen. Die Angriffe konnten denn auch, wie schon bei den Ausgaben des Staatsministeriums für Preßzwecke, nur gewürzt werden durch die Hereinziehung des sogenannten Welfensfonds. Die Sache ist die, daß nie eine Regierung der Welt bestanden hat, die revolutionären und republikanisch-terroristischen am wenigsten, welche nicht

einen Theil der Staatsgelder uncontroliert, d. h. ohne Controle der Oeffentlichkeit, zu verwenden genöthigt war. Die Controle innerhalb der Regierung selbst durch die ein für allemal dazu bestimmten Behörden soll und braucht natürlich nicht ausgeschlossen zu werden. Zur Zeit Louis Philipp's brauchte man die Verweigerung der geheimen Fonds als Chicane, wenn man ein Ministerium stürzen wollte. Aber kein Mensch dachte auch nur im Traume daran, die Verwendung dieser Gelder einzustellen. Man wollte die Verwendung nur gerade diesen Ministern nicht erlauben, um ihnen die Fortführung des Amtes unmöglich zu machen. Unsere parlamentarischen Tugendhelden geben sich dagegen immer, als wäre die Verwendung dieser Gelder an sich etwas Unzulässiges, als führte sie zur Corruption. Wie weit hierbei Naivität wie weit Heuchelei im Spiele, das wollen wir nicht untersuchen. Casper machte dem ganzen Streit durch die schlagende Bemerkung ein Ende, ob das wohl ein Gegenstand sei, sich zu überwerfen und einen großen Conflict heraufzubeschwören, mit einer Regierung von den Verdiensten der jetzigen. In dieser Frage lag zugleich die Anerkennung der Unentbehrlichkeit dieser Ausgaben. Denn würden sie nur aus Muthwillen gemacht, so würde die Regierung ihrerseits keinen Conflict darum erheben.

Am 29. Januar gab die Dotation für den altkatholischen Bischof — übrigens nicht als Dotation, sondern als „Bedürfniszuschuß“ bezeichnet — im Betrag von 16,000 Thlr. also wiederum eine höchst geringfügige Summe, den unvermeidlichen Anlaß zu einem Kampf zwischen dem Centrum und den liberalen Fraktionen in der großen Tagesfrage. Denn welches auch die besonderen Anlässe sind, die Frage ist immer nur die Eine zwischen dem deutschen Nationalstaat und dem römischen Priesterstaat. Nun hat die preußische Staatsregierung durch die im vorigen Monat eingebrachten zwei Gesetzentwürfe zur Ergänzung der Maigesetze, namentlich durch den Entwurf über die Verwaltung der erledigten Bisthümer, einen so gewaltigen Schritt gethan zur Weiterführung dieser Frage, daß vor der Verhandlung dieses Gesetzentwurfes die kleinen Plänkereien, die noch vorangehen werden, nur ein mäßiges Interesse in Anspruch nehmen können. Dies trifft auch die Verhandlung vom 29. Januar. Die Herren Reichensperger und v. Mallinckrodt brachten allerlei Scharfsinniges bei, um zu beweisen, daß der Staat, wenn er wolle, zwar eine neue kirchliche Gemeinschaft ausstatten, aber nimmermehr einen katholischen Bischof dotiren könne gegen den Willen des Papstes und außerhalb der die Eintheilung der Bisthümer festsetzenden Bulle de salute animarum vom Jahre 1821. Diese Bulle sei durch Cabinetsordre für Preußen Gesetz geworden nach dem Gebrauch des ehemaligen absoluten Staates u. s. w. Herr v. Mallinckrodt führte in seiner Weise sehr gut aus, daß man für die Schaffung einer Obrigkeit nicht nach Belieben auf einen Wahlmodus,

der vor tausend Jahren Sitte gewesen, zurückgreifen könne. Indeß, was ist mit alledem bewiesen? Wenn von zwei vertragschließenden Theilen der eine Theil in zwei Theile zerfällt, so kann der ursprüngliche zweite Contrahent die ihm nunmehr gegenüberstehenden Parteien nicht nach den bisherigen Regeln beurtheilen. Er kann nicht einer Partei etwa glauben, daß bei der anderen nur Abfall und Rebellion sei, denn das sagt jede. Das Kennzeichen wirklicher Rebellion ist, wenn die Neuerung sich nur auf der abfallenden Seite befindet. Wenn aber beide Theile Neuerer sind, der eine durch eine neue Constitution, der andere durch den Rücktritt von bisher anerkannten Regeln der Gemeinschaft, so bleibt dem dritten Contrahenten nur die Neutralität übrig. Es handelt sich, was auch die Römisch-Katholischen sagen mögen, um ein Schisma, nicht um einen Abfall. Wenn der Staat nicht unternehmen will, zu entscheiden, wem die Schuld des Schisma beizumessen, so bleibt ihm nichts übrig, als die alten Privilegien beiden Theilen, vor der Hand wenigstens, zu Theil werden zu lassen.

Am 30. Januar kamen allerlei Wünsche für die Universitäten zur Sprache, indeß nur Einzelheiten, keine grundsätzliche Frage. Wir unterlassen deshalb die nähere Erwähnung. Der Finanzminister zeigte sich sehr empfindlich, daß ihm Herr Virchow Rärglichkeit gegen die Universitätsbeamten vorgeworfen, wodurch der letztere Gelegenheit erhielt, den gemüthlich unbefangenen Mann zu spielen. Wir vermögen nicht zu beurtheilen, ob der vom Finanzminister so übel vermerkte Ausdruck die Absicht persönlichen Aergernisses hatte. Denn der Schluß des Herrn Virchow, daß er in diesem Fall eine Ungeschicklichkeit gezeigt haben würde, was ihm doch nicht passiren könne, ist nicht conclusent. Jedenfalls ist es eine seltsame Sprechweise, für die mangelhafte Versorgung einzelner Staatsbedürfnisse die Rärglichkeit des Finanzministers in Anspruch zu nehmen, als ob dieser die Fee des Märchens wäre, die Gold streuen kann, wenn sie nur will.

Am 31. Januar wurde die Berathung der Unterrichtsausgaben fortgesetzt, wobei hinsichtlich der Schullehrerseminare über Internate und Externate ziemlich zwecklos geredet wurde. Ein Abgeordneter meinte, wenn die Regierung für die Verlegung der Seminarien in größere Städte Sorge, so würden alle Bedenken gegen die Externate schwinden. Das ist eine Belehrung, die Manchem neu sein wird, daß die künftigen Lehrer, als Seminarschüler in größeren Städten zerstreut zur Miete wohnend, die beste Vorbereitung für ihren Beruf erlangen. Das ist doch eine Bestätigung des alten Wortes, daß jede Ansicht, noch so närrisch, irgend einen gläubigen Kopf zur Herberge findet. Internate können freilich auch Uebelstände haben. Nun, so muß man sie zweckmäßig einrichten. — Wir vermögen aus allen diesen Vorkommnissen der Budgetberathung, wo alle möglichen Fragen der Organisation gestreift, aber keine

einzig gründlich behandelt werden kann, nur immer wieder den Schluß zu ziehen, wie abgeschmackt diese ganze Behandlung des Budgets ist, die eine Menge Zeit raubt, eine Menge Staub aufwirbelt, nichts bessert, nichts aufklärt, nichts zu wege bringt, als den oder jenen kleineren Posten, der in seinem Zusammenhang unentbehrlich sein mag, zur großen Verlegenheit der Verwaltung zu streichen, die sich dann hilft, wie sie mag, woraus immer neue Streitigkeiten entstehen.

C-r.

## Die katholische Frau als Werkzeug der Feinde Deutschlands.

Wir weichen von unserer Gewohnheit, nur Originalartikel zu bringen, einmal ab, um, im Interesse des Kampfes, den das Deutsche Reich gegen Rom kämpft, einer vortrefflichen Abhandlung der Spenerschen Zeitung die folgende Schilderung im Auszuge zu entnehmen.

Mit Unrecht macht man unseren katholischen Frauen einen Vorwurf daraus, daß sie kein Gefühl für ihr deutsches Vaterland haben und sich zu Helfershelfern der Kirchenpolitik hergeben. Sie haben ja in der Zeit, in welcher man die Eindrücke fürs ganze Leben empfängt, beinahe nie ein Wort von diesem Vaterlande gehört. Seine einstige Größe, seine Kämpfe, die Ursachen seines Verfalls, kurz seine ganze Geschichte sind ihnen durchaus fremd. Ich war achtzehn Jahre alt, als ich die Klosterschule verließ und hatte bis dahin nichts vom deutschen Befreiungskampfe erfahren, nie die Namen Stein, Blücher, Scharnhorst, Gneisenau, Körner u. s. w. gehört. Wir trieben aber trotzdem Geschichte. Wir wußten z. B. etwas vom trojanischen Krieg, etwas von den großen Eroberern Cyrus und Alexander, wir kannten die sagenhafte Geschichte der Gründung Roms und lernten die Namen aller seiner Kaiser auswendig bis auf Constantin, „der Rom an den Papst abtrat.“ Auch das Reformationszeitalter behandelte unsere Geschichte. Wir wußten, daß der Protestantismus entstanden, weil Luther die entsprungene Nonne Katharina Bora heirathen wollte. Um unsern Abscheu gegen die Förderer der Reformation recht lebhaft zu machen, wurden uns solche mit körperlichen Gebrechen als „Gezeichnete“ geschildert. Ein Katechet nahm mit besonderer Vorliebe die Königin Elisabeth von England aufs Korn, die er uns als eine bucklige Person mit einer häßlichen Hackennase beschrieb. — So wenig wie von deutscher Geschichte, erfuhren wir von den Meisterwerken deutscher Dichtung. Von